

AUTOREN



Heiko Homburg ist Leiter des Referates für Prävention, Öffentlichkeitsarbeit und Verfassungsschutz durch Aufklärung im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Abteilung für Verfassungsschutz

Dr. Silke Wolf ist stellvertretende Leiterin des Referates für Prävention, Öffentlichkeitsarbeit und Verfassungsschutz durch Aufklärung im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Abteilung für Verfassungsschutz

KURZ GEFASST

Extremistische Bestrebungen bedrohen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Die rechtsextremistische und sich immer weiter nazifizierende NPD ist so eine Bedrohung. Sie hat ihre Parteiinfrastruktur vollständig von West- nach Ostdeutschland verlagert. Dort strebt sie über kommunale Aktivitäten den Einzug in Landesparlamente an. Am Beispiel Brandenburgs wird in diesem Beitrag aufgezeigt, welche Strategie die NPD verfolgt und wie sie dort an der wehrhaften Demokratie scheitert. Besonderes Augenmerk gilt hierbei dem wirksamen Zusammenspiel von kommunalen Spitzenverbänden mit Sicherheitsbehörden und der Zivilgesellschaft. Brandenburg hat dafür spezielle Programme entwickelt.

Kommunale Phalanx der wehrhaften Demokratie

Kampf gegen den Rechtsextremismus in Brandenburg

Von Heiko Homburg und Dr. Silke Wolf

Von 1966 bis 1968 zog die 1964 gegründete „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) in sieben Landesparlamente ein. 1969 zählte sie fast 28 000 Mitglieder. Im selben Jahr scheiterten die Rechtsextremisten bei der Bundestagswahl mit 4,3 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Parallel nahmen Zivilgesellschaft und der freiheitliche demokratische Rechtsstaat die Auseinandersetzung mit der NPD auf. Erfolgreiche Mittel waren hierbei die strikte Anwendung des Radikalenerlasses und ihre Verdrängung aus dem öffentlichen Raum. Hinzu kamen parteiinterne Konflikte. So stürzte die Partei in die Bedeutungslosigkeit und kam zeitweise auf nur noch 3 500 Mitglieder. 2009 waren es mit fallender Tendenz 6 800. In Westdeutschland konnte sie bis heute nie wieder an die Ergebnisse der 1960er-Jahre anknüpfen.

Anders liegen die Dinge in Ostdeutschland, wo die NPD im Jahr 2009 rund 2 500 ihrer Mitglieder zählte. 2004 erlangte sie in Sachsen mit 9,2 Prozent erstmals seit 1968 wieder Sitze in einem Landesparlament und schaffte 2009 den Wiedereinzug mit 5,6 Prozent nur knapp. 2006 folgten 7,3 Prozent bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. In Thüringen (2010) und Sachsen-Anhalt (2011) scheiterte sie

jeweils knapp. Nun will sie am 4. September 2011 ihre Sitze in Mecklenburg-Vorpommern verteidigen.

NPD-Schwerpunkt in Ostdeutschland

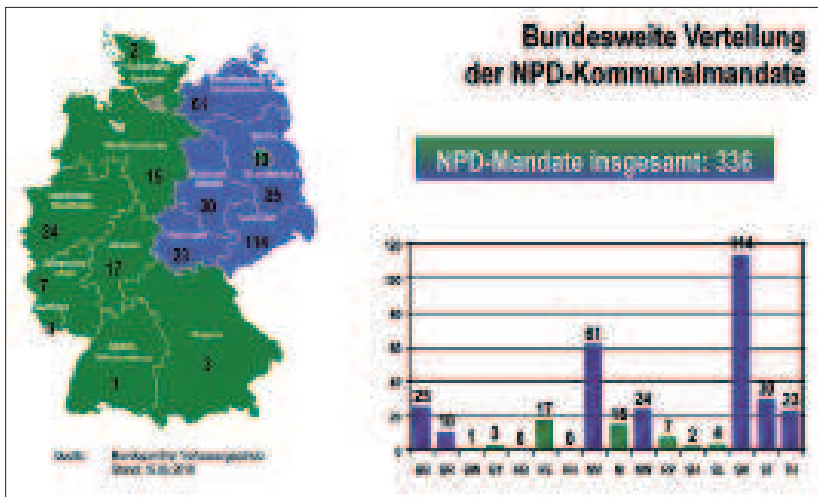
Mittlerweile hat die NPD zentrale Teile ihrer Infrastruktur verlagert: von Stuttgart nach Berlin die Bundesgeschäftsstelle; von Bochum nach Bernburg in Sachsen-Anhalt den Sitz ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) und von Siningen in Bayern nach Riesa in Sachsen ihre Monatszeitung „Deutsche Stimme“. So versucht die wegen krimineller Machenschaften finanziell erheblich angeschlagene Partei, ihr Überleben in Ostdeutschland zu sichern. Dort will sie ihre kommunalen Parteistrukturen ausbauen, um diese als Grundlage für Landtagswahlen zu nutzen. Das gilt ebenso für Brandenburg, wo die Partei zurzeit etwa 370 Mitglieder zählt.

Den Westen der Republik hat die NPD praktisch aufgegeben. Das zeigte sich 2010 insbesondere bei einer Zählung ihrer kommunalen Mandate. Bundesweit kam sie auf rund 340. Mehr als Dreiviertel davon – nämlich 265 – hielt sie in den neuen Bundesländern, davon 114 in Sachsen und 61 in Mecklenburg-Vorpommern. Brandenburg kam bei der Zählung auf 27. Bis April 2011 ist die Zahl auf 30 gewachsen. Das liegt an Übertritten von der Deutschen Volksunion (DVU) im Zuge der Fusion mit der NPD Ende 2010. Insgesamt verweigern sich aber die meisten ehemaligen DVU-Mitglieder der NPD.

Nazifizierung der NPD

Ideologisch tritt bei der NPD immer offener (neo-)nationalsozialistisches Gedankengut in Erscheinung. Triebkraft dieser Nazifizierung ist die vom Parteivorsitzenden Udo Voigt ausgerufene „Viersäulenstrategie“: „Kampf um die Köpfe – Kampf um die Parlamente – Kampf um die Straße – Kampf um den organisierten Willen“. Angelehnt

Bundesweite Verteilung der NPD-Kommunalmandate im Juni 2010: Die NPD hat Westdeutschland aufgegeben und kämpft im Osten ums Überleben



an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) wird damit die Führungsrolle in der rechtsextremistischen Szene angestrebt, die in Brandenburg rund 1170 Personen umfasst. Seit einiger Zeit erweist sich das als Einfalltor für neo-nationalsozialistische „Freie Kräfte“, welche die Partei nach ihren Ansprüchen umformen.

Eine Partei, die sich solchen und anderen Kreisen öffnet, muss einiges in Kauf nehmen. In der Vergangenheit wurde sie von Vorgängen im Zusammenhang mit Kinderpornografie und anderen Sexualdelikten erschüttert. Darüber hinaus ergab eine Auswertung in Thüringen, dass dort im Jahr 2008 mehr als die Hälfte der Landesvorstandsmitglieder und über 40 Prozent der leitenden Vorstandsmitglieder in den Kreisverbänden vorbestraft waren.

Die Nazifizierung der NPD ist ein unumkehrbarer Prozess. 2004 erklärte der Parteivorsitzende Udo Voigt: „Es ist unser Ziel, die BRD ... abzuwickeln ... Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne ... wir versuchen, ... auch die nationalsozialistische Strömung zu integrieren ...“. Demokratische Parteien setzt der sächsische NPD-Funktionär Jürgen Gansel mit einer „Einheitssoße“ gleich, „die wie übelriechende Gülle über dem ganzen Land“ liege. Dagegen stellt er die „NSDAP“ und „KPD“. Beide hätten „in der Weimarer Krisenzeit“ als „Weltanschauungsparteien ... mit viel Herzblut und Opferbereitschaft um wirkliche Systemalternativen“ gerungen.

Im NSDAP-Jargon bezeichnet die NPD heutige demokratische Parteien als „Systemparteien“ und strebt in ihrem Programm „den Austausch der Herrschenden“ an. Ganz offen wird ein „Gegensatz von Gesellschaft und Volksgemeinschaft“ konstruiert und behauptet: „Integration ist Völkermord“. Laut Voigt will die NPD einen „nationalen und sozialen Volksstaat“. Hinzu kommt die Forderung nach „nationalem Sozialismus“. Dazu gesellen sich symptomatische Vorfälle. So fragte Sascha Söder, er war 2008 unter anderem hessischer NPD-Landtagswahlkandidat, vor laufender Kamera: „Können wir nicht einfach alle Juden human erschießen?“ Der stellvertretende hessische NPD-Vorsitzende, Daniel Knebel, brüllte im Oktober 2010 bei einer Demonstration ins Mikrofon: „...jetzt gilt es, die Vereinigung perfekt zu machen und jene anzugreifen, die dieser im Wege stehen.“



Bei der Beerdigung des verstorbenen NPD-Mitglieds und Neonationalsozialisten Friedhelm Busse am 26. Juli 2008 in Passau legt der Neonationalsozialist Thomas Wulff eine Flagge mit Hakenkreuz auf den Sarg

Bezeichnend ist ebenso die Beerdigung des ehemaligen Vorsitzenden der 1995 verbotenen Vereinigung „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“, Friedhelm Busse. In Passau entfaltete am 26. Juli 2008 das zwischenzeitliche Mitglied im erweiterten NPD-Bundesvorstand, der Neonationalsozialist Thomas Wulff, dabei eine Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz und legte sie auf den Sarg. Direkt davor stand der NPD-Bundesvorsitzende Voigt. JN-Homepage-Texte wie „Der Liberalismus ... in sämtlichen Formen ... ist unser Feind!“ runden dieses Bild einer Nazifizierung ab.

Auch in Brandenburg fachen Neonationalsozialisten diesen Prozess immer weiter an. Der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Havel-Nuthe, Michael Müller, entstammt der 2004 verbotenen neonationalsozialistischen Kameradschaft „Hauptvolk“ aus Rathenow im Landkreis Havelland. Wegen einer rechtsextremistisch motivierten Gewalttat hat er eine Freiheitsstrafe abgebußt. Für Alexander Bode gilt das ebenso. Wegen versuchter Körperverletzung mit Todesfolge verbüßte er eine zweijährige Haftstrafe. Das Opfer war 1999 Omar Ben Noui aus Guben im Landkreis Spree-Neiße. Bode galt bei dieser Tat als einer der Rädelführer. Er trat 2008 als NPD-Kandidat zur Kommunalwahl an. Eifriger Neonationalsozialist ist der stellvertretende Landesvorsitzende und Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Lausitz, Ronny Zasowk. In Cottbus sprach der 24-Jährige am 15. Februar 2009 anlässlich der Bombardierung ostdeutscher Städte im zweiten Weltkrieg von der „judäo-amerikanischen

Idee des Marktradikalismus“. Weiterer Nazifizierungs-Aktivist war bis vor wenigen Tagen der Potsdamer Stadtverordnete Marcel Guse. Seine im Internet verfassten Texte sind teilweise wortwörtlich beim NSDAP-Ideologen Harry Grießdorf („Unsere Weltanschauung“, 1941) abgeschrieben.

2010 ist das Personenpotenzial neonationalsozialistischer „Freier Kräfte“ in Deutschland auf 5 600 angewachsen. In Brandenburg sind es 380. „Freie Kräfte“ betrachten selbst die NPD als „Systempartei“ und arbeiten nur teilweise mit ihr zusammen. Ihr Ziel ist ein System wie das Dritte Reich. In sechs Regionen Brandenburgs sind Zusammenschlüsse aktiv und bemüht, ohne herkömmliche Vereinsstrukturen zu agieren. Erst vor kurzem wurden im April 2011 die „Freien Kräfte Teltow-Fläming“ vom Landesinnenminister verboten. Im Zentrum neonationalsozialistischer Aktivitäten stehen die „Nationalen Sozialisten in Südbrandenburg“ mit ihrer auch außerhalb Brandenburgs aufgegriffenen „Volkstod“-Kampagne, diversen Darstellungsformen im Internet („Spreeleuchten“) und ideologisch ausgerichteten Freizeitaktivitäten. Neben Liederabenden zählen hierzu neuerdings auch Kampfsportveranstaltungen.

Im Bereich zwischen NPD und Neonationalsozialisten bewegt sich die Hass-Musikszene. Brandenburg verfügt über mehr als 20 Bands. Nur Sachsen hat mehr. Doch konnte das Konzertgeschehen in den letzten Jahren weitestgehend aus Brandenburg verdrängt werden. Jugendlichen dient diese Musik oftmals als Einstiegstor in den Rechtsextremismus. Auch deshalb sucht

die NPD Kontakt zu solchen Bands und bietet ihnen eine Bühne – zuletzt bei ihrem „Preußentag der nationalen Opposition“ am 2. Oktober 2010 im brandenburgischen Finowfurt im Landkreis Barnim.

Eine besondere Scharnierfunktion fällt der NPD-Nachwuchsorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) zu. Für viele NPD-kritische „Freie Kräfte“ sind sie das kleinere Übel. So gelingt es der NPD über die JN, „Freie Kräfte“ an die Partei heranzuführen und teilweise einzubinden. Darauf ist sie angewiesen, denn mit ihren geringen Mitgliederzahlen ist sie aus eigener Kraft niemals in der Lage, Wahlkämpfe in den ostdeutschen Flächenländern zu führen.

In der NPD heißt es über Brandenburg, dort wehe ihr der Wind der Zivilgesellschaft am schärfsten ins Gesicht. Das stimmt und liegt im Wesentlichen an der wehrhaften und streitbaren Demokratie, die seit Einrichtung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ im Jahre 1998 enorme Fortschritte gemacht hat. Mit ihm werden durch die Landesregierung zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus koordiniert und unterstützt. Dem lag 1998 die Erkenntnis zugrunde, dass der Fremdenfeindlichkeit und dem gewaltbereiten Rechtsextremismus zum damaligen Zeitpunkt mit herkömmlichen Mitteln nicht ausreichend beizukommen war. Land und Menschen litten unter Ereignissen wie etwa dem Mord an Amadeu Antonio im November 1990 in Eberswalde im Landkreis Barnim oder dem brutalen Übergriff auf Noel Martin im Juni 1996 in Mahlow im Landkreis Teltow-Fläming, was zu dessen Querschnittslähmung führte. Die Liste solcher schrecklicher Ereignisse ließe sich fortsetzen. Und noch immer liegt die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten im Land bei 450 und damit nur knapp unter dem Wert 500, welcher Anfang der 1990er-Jahre festgestellt wurde.

Gemeinsamer Kampf gegen den Rechtsextremismus

Die Strafverfolgungsbehörden haben sich zum damaligen Zeitpunkt ebenso auf diese Situation eingestellt. Vom ersten brandenburgischen Innenminister Alwin Ziel (SPD) begonnen, unter Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) weiter vorangetrieben und unter den Innenministern Rainer Speer sowie Dietmar Woidke (beide SPD)

fortgeführt, entwickelt die Polizei ihre speziellen Methoden zur Verhinderung sowie konsequenten Verfolgung politisch motivierter Straftaten kontinuierlich weiter. Den Schwerpunkt bildet das ständig fortgeschriebene „Handlungskonzept der Polizei des Landes Brandenburg zur Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität“. Darin finden sich unter anderem zwei wesentliche Säulen: das präventive Einsatzkonzept „Mobile Einsatzeinheiten gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ (MEGA) sowie die „Täterorientierten Maßnahmen gegen extremistische Gewalt“ (TOMEG).

Am selben Strang ziehen Staatsanwaltschaften und Gerichte, damit Strafen den Taten auf dem Fuße folgen. Neben vielen weiteren Akteuren erfüllt das „Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung – demos“ mit seinen über die Landesgrenzen hinaus anerkannten „Mobilen Beratungsteams“ einen weiteren wichtigen Part. Gesellschaftliche Großorganisationen wie die Freiwilligen Feuerwehren stellen sich dem Thema und binden Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes aktiv in die Weiterbildungspläne ihrer Jugendwarte ein.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus muss in Brandenburg besonders auf kommunaler Ebene unvermindert weitergehen, also dort, wo die NPD ihre Strukturen wie in Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern ausbauen will. Seit 2006 hat der brandenburgische Verfassungsschutz daher seine strategische Kommunikation im Bereich „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ stetig ausgebaut und Kooperationspartner gewonnen. So lassen sich vorhandene Ressourcen im Land bündeln und Experten einbinden. Angestoßen vom Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, Karl-Ludwig Böttcher, und von der Leiterin des brandenburgischen Verfassungsschutzes, Winfriede Schreiber, haben sich die kommunalen Spitzenverbände Städte- und Gemeindebund sowie Landkreistag, die Polizei, die „Brandenburgische Kommunalakademie“, das „Tolerante Brandenburg“ und das „Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung – demos“ zusammengetan. Ziel ist, die Instrumente des Rechtsstaates im Umgang mit Extremismus gemeinsam zu schärfen. Seit drei Jahren bieten diese Kooperationspartner für Polizisten, Ordnungsamtsbedienstete, Mitarbei-

ter von Verwaltungen und Andere speziell konzipierte Informationsveranstaltungen an der Polizeifachhochschule in Oranienburg im Landkreis Oberhavel an.

Der Auftakt erfolgte im Sommer 2008 mit rund 300 Teilnehmern. Mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen befassten sich Bürgermeister, Ordnungsamtsbedienstete und Polizisten mit rechtsstaatlichen Handlungsoptionen zur Eingrenzung extremistischer Wahlkampfaktivitäten. Um eine Vernetzung der Teilnehmer untereinander zu fördern, wurden die Gruppen an jeweils acht Tagen regional zusammengefasst. Zunächst präsentierten Verfassungsschutzmitarbeiter ein bis auf die jeweilige Region runtergebrochenes Lagebild. Danach erläuterten Vertreter des „Brandenburgischen Institutes für Gemeinwesenberatung – demos“ die Situation zivilgesellschaftlichen Engagements. Anschließend folgte am Nachmittag der Praxisteil mit der Anwendung des Ordnungs- und Polizeirechts anhand von Beispielen. An den acht Tagen wurden zahlreiche Experten aus den Landkreisen wie Silvia Enders vom Landkreis Dahme-Spreewald, Bernd Joachimsmeier vom Landkreis Ostprignitz-Ruppin und der Polizei wie Gabi Tiek, Cerstin Petersen-Schäfer, Professor Dr. Guido Fickenscher und Torsten Schäfer als Referenten eingesetzt. Die Teilnehmer sahen, wie Polizei und Ordnungsbehörden an einem Strang ziehen und aufeinander angewiesen sind. Ebenso zeigten sich zahlreiche Möglichkeiten, um Wahlkampfaktivitäten von Extremisten mit rechtsstaatlichen Mitteln einzuschränken.

Aufgrund der hohen Nachfrage wurde diese Veranstaltungsreihe vor der Landtagswahl 2009 an sieben Tagen erneut angeboten. Fast 250 Personen nahmen teil. Der Aufbau wich an einem entscheidenden Punkt ab. An den Nachmittagen lösten Arbeitsgruppen knifflige Fälle und präsentierten ihre Lösungsstrategien. Hier kamen Bürgermeister mit Ordnungsamtsbediensteten sowie Polizisten zusammen und suchten gemeinsam nach rechtsstaatlichen Wegen. Referenten waren teilweise die bereits Erwähnten sowie die leitenden Polizisten Bernd Neumann und Alexander Karius. Da im Süden Brandenburgs massive Wahlkampfaktivitäten von Rechtsextremisten zu erwarten waren, wurde für dortige Kommunen eine zusätzliche eintägige

Infoveranstaltung mit 50 Teilnehmern in Cottbus organisiert.

Nach der Kommunalwahl im September 2008 verfügten die rechtsextremistischen Parteien NPD und DVU über insgesamt 51 (NPD: 27; DVU: 24) kommunale Mandate in Brandenburg. Um den Vertretungen zu ermöglichen, sich auf rechtsextremistische Strategien, Provokationsverhalten sowie Gefährdungspotenzial richtig einzustellen und notwendige Gegenmaßnahmen zu entwickeln, wurden bereits im Januar 2009 zwei jeweils eintägige Veranstaltungen mit insgesamt rund 100 Teilnehmern durchgeführt. Zielgruppe waren zuvörderst Vorsitzende kommunaler Vertretungen, Mandatsträger sowie Verwaltungsmitarbeiter. Das Programm deckte sich an den Vormittagen mit den bereits erwähnten Veranstaltungen. An den Nachmittagen berichtete Sven Forkert als damaliger Koordinator gegen Extremismus im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge über das Wirken rechtsextremistischer Abgeordneter in kommunalen Vertretungen. Danach folgte ein Vortrag von Professor Dr. Edmund Beckmann – einem Spezialisten für Kommunalrecht – über entsprechende rechtliche Handlungsoptionen.

Im Frühjahr 2010 folgten zwei jeweils eintägige Veranstaltungen zum Umgang mit rechtsextremistischen Anträgen in kommunalen Vertretungen. Rund 90 Teilnehmer wurden gezählt. An den Nachmittagen lösten Arbeitsgruppen schwierige Fälle und präsentierten ihre Lösungen. Zuvor wurden wiederum von Professor Dr. Edmund Beckmann die Rechtsgrundlagen dargestellt. Hier zeigte sich, dass oftmals der einfachste Weg der Beste ist. Viele Anträge von Rechtsextremisten können schon deshalb abgewiesen werden, weil sie schlicht keinen kommunalen Bezug haben, sondern nur der Propaganda dienen.

Im Frühjahr 2011 war schließlich der arbeitsrechtliche Umgang mit Extremismus im Öffentlichen Dienst das Thema an zwei Tagen. 60 Teilnehmer wurden gezählt. An den Vormittagen referierte der Bürgermeister von Schöneiche bei Berlin, Heinrich Jüttner, über den wehrhaften Umgang seiner Stadt mit NPD-Aktivitäten. An den Nachmittagen zeigten André Köppen vom Landkreis Potsdam-Mittelmark und Hilde Fuhrmann, Präsidentin des Arbeitsgerichts Potsdam, die Möglichkeiten auf, welche das

Arbeits- und Disziplinarrecht gegen rechtsextremistisches Verhalten im Öffentlichen Dienst bieten – und die sind zahlreich.

All diese Veranstaltungsreihen wurden relativ kostenneutral angeboten. Räumlichkeiten stellte die Polizeifachhochschule zur Verfügung. Über sie lief ebenso das Anmeldemanagement. Referenten aus den Landkreisen und von der Polizei wurden für ihre Vorträge in der Regel freigestellt. Bei Rückgriff auf spezielle externe Referenten ist die „Brandenburgische Kommunalakademie“ eingesprungen. Veranstaltungsgetränke wurden über das „Tolerante Brandenburg“ finanziert.

Diese und viele weitere Maßnahmen sind geeignet, Rechtsextremismus wirksam

zu bekämpfen. Jedoch wird die NPD keine Ruhe geben und ihre Niederlage gegen die wehrhafte Demokratie suchen. Eine solche hat sie bereits einmal in Westdeutschland, etwa 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik, gefunden. Heute, rund 20 Jahre nach der deutschen Einheit, findet derselbe Prozess erneut im Osten statt. Dieser Prozess ist schwierig, aber notwendig und wird in Brandenburg besonders auf der Ebene der Kommunen geführt werden müssen. Sie sind die Phalanx unserer wehrhaften Demokratie. Mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes verfügen wir über ein wertvolles Gut und zugleich wirksames Instrument für diese Auseinandersetzung. ■

Höchste Väterbeteiligung beim Elterngeld in Jena

Väter in der thüringischen Stadt Jena nahmen am häufigsten Elterngeld für ihre 2009 geborenen Kinder in Anspruch. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, lag die Väterbeteiligung für Nachwuchs, der im Jahr 2009 geboren wurde, dort bei mehr als 42 Prozent. Schon im Jahr 2008 hatte Jena mit 43 Prozent deutschlandweit den Spitzenwert. Die zweithöchste Quote hatte wie schon im gleichen Vorjahreszeitraum die brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam mit fast 40 Prozent. Die geringste Beteiligung von Vätern gab es in den Städten Bremerhaven und Emden mit jeweils neun Prozent. Bei Müttern gab es keine nennenswerten regionalen Schwankungen. Die Inanspruchnahme lag im Durchschnitt bei 96 Prozent.

In 167 der bundesweit insgesamt 412 kreisfreien Städte und Landkreise lag die Väterbeteiligung bei mindestens 25 Prozent. Dabei zeigt sich eine klare regionale Konzentration im Süden und Südosten Deutschlands, und zwar in Bayern, Sachsen und dem südlichen Thüringen. Aber auch in vielen Kreisen Brandenburgs nimmt mehr als jeder vierte Vater Elterngeld in Anspruch.

Die Höhe des Elterngeldes ist entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen abhängig vom bisherigen Einkommen der Elterngeldbeziehenden. Hier gab es deutliche regionale Unterschiede. So lag der durchschnittliche Elterngeldanspruch von Vätern, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren, in jedem dritten Kreis und in 132 von insgesamt 412 Kreisen im ersten Bezugsmonat bei mindestens 1 200 Euro. Diese Kreise lagen schwerpunktmäßig im Süden und Südwesten Deutschlands. Einen durchschnittlichen Elterngeldanspruch von weniger als 1 000 Euro hatten Väter in 63 kreisfreien Städten und Landkreisen, die bis auf wenige Ausnahmen in den ostdeutschen Bundesländern lagen. Väter in der bayerischen Stadt Ingolstadt hatten mit 1 387 Euro den höchsten durchschnittlichen Elterngeldanspruch. Den niedrigsten Anspruch hatten Väter im Landkreis Altenburger Land in Thüringen mit 768 Euro.

Anders als bei Vätern lag der vergleichbare durchschnittliche Elterngeldanspruch von Müttern nur in elf Kreisen bei 1 000 Euro und mehr. Den höchsten Anspruch von Müttern, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren, gab es in München mit 1 088 Euro, Frankfurt am Main mit 1 067 Euro und Düsseldorf mit 1 065 Euro. Am geringsten war der durchschnittliche Elterngeldanspruch im ersten Bezugsmonat im niedersächsischen Landkreis Wittmund mit 663 Euro.